

Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/8414 –**

Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie für Deutschlands Zukunft stärken

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass künstliche Intelligenz (KI) eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts sei. Durch KI ließen sich weltweite Herausforderungen besser meistern, da große Datenmengen analysiert und strukturiert werden könnten. Deutschland müsse die vorhandene starke Forschungs- und Industriebasis im Bereich der KI nutzen, um eigene KI-Lösungen zu entwickeln und dadurch seine technische Souveränität auszubauen. Die aktuelle KI-Strategie der Bundesregierung sei bereits fünf Jahre alt und werde daher nicht länger den aktuellen Herausforderungen gerecht. Zudem seien Kürzungen von knapp einem Viertel der Haushaltsmittel für den Bereich KI vorgesehen.

B. Lösung

Die Bundesrepublik Deutschland brauche große KI-Modelle, sog. „Foundation Models“. Ein Foundation-Model werde auf einer großen Menge von Daten trainiert und trage dazu bei, die Art und Weise, wie KI-Systeme gebaut werden, zu transformieren. Sie seien daher entscheidend für die weitere technologische Entwicklung. Solche Modelle gebe es bereits in den USA. Es sei wichtig, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und eigene Modelle zu haben, welche auf europäischen Werten beruhen. In Europa gebe es vielversprechende Start-ups. Die Unterstützung von KI durch Quantencomputing habe großes Potenzial. Insgesamt sei es notwendig, leistungsfähige Rechenzentren zur Verfügung zu stellen, um „Foundation Models“ zu berechnen. Deutschland verfüge mit dem Gauss Centre for Supercomputing über die für Wissenschaft und Wirtschaft mit Abstand leistungsfähigste Supercomputing-Infrastruktur Europas. Die vorhandene Infrastruktur für Bedürfnisse von KI und „deep learning“ zu erweitern, sei der richtige Weg, um die Entwicklung großer KI-Modelle insbesondere für Start-ups und Open

Source in Deutschland und Europa zu verbessern. Es sei notwendig, die Hardware zu erweitern und nationalen und europäischen Start-ups sowie KMUs ohne komplexe Antragsverfahren den Zugang zu ermöglichen. Der Staat müsse hier als sog. Ankerkunde für die vorkommerzielle Beschaffung agieren und Start-ups fördern. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND sei dafür prädestiniert.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

Bericht der Abgeordneten Holger Mann, Thomas Jarzombek, Dr. Anna Christmann, Maximilian Funke-Kaiser, Dr. Michael Kaufmann, Dr. Petra Sitte und Ali Al-Dailami

I. Verlangen eines Berichts

Die Fraktion der CDU/CSU hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über den Stand der Beratungen des Antrags auf Drucksache 20/8414 beantragt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

II. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/8414** in seiner 125. Sitzung am 28. September 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat**, der **Haushaltsausschuss**, der **Wirtschaftsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Digitales** haben die Vorlage auf Drucksache 20/8414 bisher nicht beraten.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Am 10. April 2024 hat der Ausschuss durch die Berichterstatter einen ersten Bericht gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu dem Antrag auf Drucksache 20/8414 abgegeben.

Die **SPD-Fraktion** kritisiert, dass die CDU/CSU-Fraktion eine Aussprache zu Ihrem Antrag und damit einen Bericht nach § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung beantrage, obwohl sie ihren Antrag mit dem Bericht zum Aktionsplan Künstliche Intelligenz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Ausschuss im November 2023 habe verbinden können. Sie ergänzt, dass es zudem im Digitalausschuss im Januar 2024 eine Aussprache zur KI-Strategie gegeben habe, bei der ebenfalls die Möglichkeit bestanden habe, dem inhaltlichen Austausch nachzukommen. Die SPD-Fraktion betont, dass der Aufsetzungswunsch in der Runde der Obleute nicht abgelehnt wurde. Zudem habe es in der heutigen Obleute-Runde eine Vorverständigung zu einer Anhörung zu dem Antrag für die Sitzung am 15. Mai 2024 gegeben. Es liege dementsprechend keine Beschneidung der Rechte der CDU/CSU-Fraktion vor. Die SPD-Fraktion merkt an, dass das Thema KI einen hohen Stellenwert im Ausschuss habe und vermutet, dass die CDU/CSU-Fraktion eine Debatte zum Stand der Beratung des Antrags hier nur aus Gründen der medialen Wirksamkeit führe. Abschließend regt die SPD-Fraktion an, dass man den begrenzten Zeitrahmen des Ausschusses für den „konstruktiven Austausch“ zu Inhalten nutze.

Die **CDU/CSU-Fraktion** kritisiert, dass die Gruppen Die Linke und BSW gemeinsam das Doppelte an Redezeit im Ausschuss hätten wie die stärkste Fraktion, obwohl die Partei DIE LINKE. keine fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten hätte. Dass man dafür keine Lösung habe, spiegele das aktuelle Problem der Debatte wider.

Die CDU/CSU-Fraktion betont, dass das Thema Künstliche Intelligenz im Bereich der Forschung und Technologie eines der wichtigsten Themen sei. Man habe den Antrag der CDU/CSU am 28. September 2023 im Bundestag debattiert. Jedoch gebe es bis auf die KI-Regulierung auf EU-Ebene keine politischen Entwicklungen im Bereich der KI. Die CDU/CSU-Fraktion führt weiter aus, dass sie am 16. Oktober 2023 eine Anhörung mit Experten beantragt und am 1. und 20. Februar 2024 erneut daran erinnert habe. Bis heute habe es keine Anhörung mit Experten gegeben. Sie bekräftigt, dass es ihr missfalle, einen Antrag nach § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung

des Deutschen Bundestages stellen zu müssen. Man habe aber auf kleine Anfragen in der Vergangenheit keine Antwort erhalten. Dass im Mai 2024 ein Termin zur Anhörung von Experten angeboten werde, sei eine „Farce“, da andere Themen, wie beispielsweise die Wissenschaftskommunikation, kurzfristig im Ausschuss behandelt worden seien. Abschließend erklärt die CDU/CSU-Fraktion, dass sie lediglich die Rechte aus der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages mit der Stellung ihres Antrags nach § 62 Absatz 2 genutzt habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt zu Anfang, dass man dem Expertengespräch am 15. Mai 2024 mit Freude entgegenblicke. Es gebe gute Gründe über das Thema KI mit Expertinnen und Experten zu sprechen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass es im Antrag der CDU/CSU-Fraktion einige Punkte gebe, wie zum Beispiel die Ankerkundschaft, die Rechenkapazitäten und die Frage des Wagniskapitals für KI-Startups, über die man gern sprechen wolle.

Die **FDP-Fraktion** führt zunächst aus, dass der Antrag der CDU/CSU-Fraktion grundsätzlich inhaltlich tragbar sei. Es sei jedoch verwunderlich, dass die CDU/CSU-Fraktion in vergangenen Wahlperioden das Thema nicht angestoßen habe. Sie merkt an, dass die Kritik der CDU/CSU-Fraktion an der KI-Regulierung verkenne, dass diese von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angestoßen worden sei.

Sie führt weiter aus, dass das Thema Künstliche Intelligenz als Thema einer Anhörung aufgesetzt werden müsse. An technologischen Innovationen gebe es derzeit nichts Wichtigeres als den Bereich der KI, welche sämtliche Gesellschaftsbereiche adressiere. Die FDP-Fraktion erklärt, dass die Bundesregierung derzeit schon an konkreten Gesetzesinitiativen beteiligt sei.

Die **AfD-Fraktion** erklärt einleitend, dass sie eine Aussprache zum CDU/CSU-Antrag verwunderlich finde, da eine Anhörung zum Antrag für den Mai vorgesehen sei. Sie kritisiert, dass die Wünsche der CDU/CSU-Fraktion in der Runde der Obleute nicht zielführend gewesen seien. Die AfD-Fraktion betont, dass sie die inhaltliche Zielrichtung des Antrags jedoch begrüße. Um den Anschluss an die Weltspitze zu erhalten, sei KI ein entscheidendes Thema, dessen Chancen genutzt werden müssten.

Die **Gruppe Die Linke** führt aus, dass man den Wunsch nach Aussprache zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion nachempfinden könne. Die Gruppe Die Linke befürworte aus verschiedenen inhaltlichen Gründen die Aussprache zum Thema KI und die dazugehörige Anhörung. Es gebe in diesem Bereich weiterhin großen Klärungsbedarf.

Berlin, den 10. April 2024

Holger Mann
Berichtersteller

Thomas Jarzombek
Berichtersteller

Dr. Anna Christmann
Berichterstellerin

Maximilian Funke-Kaiser
Berichtersteller

Dr. Michael Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Ali Al-Dailami
Berichtersteller